NACHRICHTEN AG
Deutschland

Rentner in Not: Warum bleiben sie beim Inflationsausgleich leer?

Erfahren Sie, warum Rentner keinen Anspruch auf die Inflationsprämie von 3000 Euro haben und welche Stimmen dies kritisieren.

Frankfurt, Deutschland - Die Bundesregierung hat eine Inflationsprämie von bis zu 3000 Euro eingeführt, die bislang vornehmlich Arbeitnehmern zugutekommen sollte. Wie die **Mainpost** berichtete, können Angestellte diese steuer- und abgabefreie Zahlung noch bis Ende des Jahres 2024 erhalten. Rentner profitieren jedoch nur eingeschränkt von dieser Regelung. Während pensionierte Beamte nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) Anspruch auf diese Prämie haben, bleiben viele Rentner, die nicht zuvor im öffentlichen Dienst waren, ohne jegliche Leistungen. Diese Diskrepanz hat die Aufmerksamkeit des Sozialverbands VdK erregt, dessen Präsidentin Verena Bentele eine Gleichbehandlung für Rentner fordert.

Die politische Diskussion

Bentele hebt hervor, dass viele ältere Menschen aufgrund der steigenden Lebenshaltungskosten stark belastet werden. Laut der **FR** leben 40 Prozent der Rentner mit weniger als 1250 Euro im Monat. Die Bundesregierung hat auf diese Forderungen bislang nicht reagiert, und eine Petition, die am 26. Mai 2023 eingereicht wurde, ist noch nicht entschieden. Bundeskanzler Olaf Scholz äußerte sich dazu skeptisch und meinte, es wäre eine „ziemliche Summe Geld“, wenn alle 21 Millionen Rentner in Deutschland die Maximalprämie erhalten würden.

Die Inflationsprämie für pensionierte Beamte wird schrittweise ausgezahlt und ist abhängig vom Ruhegehalts- und Anteilssatz. Dies bedeutet, dass Empfänger je nach Lebens- und Dienstzeit unterschiedliche Beträge erhalten können, die in vielen Fällen deutlich unter 3000 Euro liegen. Der VdK setzte sich dafür ein, dass auch Rentner eine derartige Unterstützung erhalten sollten, insbesondere da die regelmäßigen Rentenerhöhungen nicht mit der Inflation mithalten können. Die Situation könnte sich in Zukunft weiter verschärfen, wenn die Rentensteigerungen weiterhin hinter der Inflationsrate zurückbleiben.

Details	
Vorfall	Skandal
Ort	Frankfurt, Deutschland
Quellen	• **nag-news.de** • **www.mainpost.de** • **www.fr.de**

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at